

Wahlkampfspenden: Deutsche Bank setzt auf Romney

Deutsche Konzerne erhoffen sich politische Vorteile und mischen bei der Finanzierung der US-Präsidentschaftskandidaten mit. Wie die Zeitung WirtschaftsWoche Ende Juli unter Berufung auf Daten des Washingtoner Center for Responsive Politics berichtete, unterstützen die Deutsche Bank und der Versicherungskonzern Allianz den republikanischen Herausforderer von Präsident Barack Obama, Mitt Romney. Auch im Wahlkampf um Mandate im Kongreß unterstützen z. B. der Bayer-Konzern und die Deutsche Telekom die Republikaner mit über 500.000 US-Dollar.

Ahorning: Anwohner empört!

Nahezu alle Anwohner des Ahornings brachten auf der Stadtvertreterversammlung im August ihre Empörung zum Ausdruck, dass es seit Jahren nicht weiter geht mit den Abschlussarbeiten im Baugebiet: so seien u. a. Entwässerung und Straßen mangelhaft, die Stadtwerke könnten kein Glasfasernetz legen. Hintergrund ist ein seit Jahren laufender Rechtsstreit zwischen dem Investor und der Stadt. Die Stadt könne nichts machen, da es sich um private Flächen handele – so Bürgermeister Hammermann. Der Bürgermeister bot an mit einer kleinen Gruppe zu besprechen, welche Verbesserungen dennoch erreicht werden können.

Außenanlagen sinnvoll gestalten

Am 25.8. wurden die beiden Sporthallen an der Grund- und Gemeinschaftsschule eingeweiht, ebenfalls die neue Gymnastikhalle des BMTV. Mit der Fertigstellung hat die Stadt bei der Förderung des Schulsports und des Vereinssports einen großen Schritt nach vorne getan, auf den nicht zuletzt die BALL-Fraktion jahrelang gedrängt hat. Letztlich wurde der Bau der Sporthallen sowie die städtische Bezuschussung der BMTV-Halle von allen Fraktionen in der Stadtvertretung getragen. Jetzt sind endlich die vielen Jahre vorbei, in denen die Schulen aus Platzmangel Sportstunden ausfallen lassen mussten. Die BALL legen, dass die Außenanlagen – so die Schulsportplatz-Restfläche – zügig fertig gestellt werden. Die Fläche könnte so gestaltet werden, dass Kleinspielfelder für Handball, Volleyball, Basketball, Tennis und Fußball berücksichtigt werden und zugleich die Fläche als Bewegungsraum in den Schulhof integriert werden kann. Zudem sollte auch noch Platz für ein Beach-Volleyballfeld sein.

Anwohnerinitiative Meierei / Käsefabrik startet erste Aktivitäten:

Unterschriftensammlung angelaufen

Zunehmende Belastungen durch LKW-Verkehr und Produktionslärm haben die betroffenen Anwohner aus den Wohngebieten rund um die Meierei/Käsefabrik zur Gründung einer Anwohnerinitiative bewogen. Ein „Weiter so“ darf es nach Meinung der Betroffenen nicht geben.

Seit Juni finden sich in regelmäßigen Abständen die Anwohner zusammen, um Neuigkeiten auszutauschen und das weitere Vorgehen zu beraten. Unter der Überschrift, „Mut zur Vernunft“ (siehe Kastenabb.) wurde ein Forderungskatalog entwickelt, unter dem jetzt Unterstützerun-

terschriften gesammelt werden. An den kommenden Septemberwochenenden will die Initiative mit einer „Haus zu Haus-Aktion“ die Nachbarn in den Wohngebieten rund um die Meierei / Käsefabrik aufsuchen, um sie in persönlichen Gesprächen über ihren Forderungskatalog zu informieren.

Geplant ist außerdem das Herantreten an den Bau- und Umweltausschuss der Stadt. Die Kommunalpolitiker sollen über die zunehmenden Belastungen in Kenntnis gesetzt und zur Unterstützung bei der Umsetzung der Forderungen aus dem Katalog aufgefordert werden.



UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG

MUT ZUR VERNUNFT

Der Bau der Meierei / Käsefabrik direkt von Wohngebieten umgeben stellt sich von Tag zu Tag mehr als eine große Fehlentscheidung dar. Lärmbelästigung und ein stetig steigendes Verkehrsaufkommen durch an- und abfahrende LKWs sind für viele Anwohner zu einem unerträglichen Zustand herangewachsen. Ein „Weiter so“ darf es nach Meinung der Betroffenen nicht geben, deshalb fordern wir:

- Den Bau von schallschluckenden Lärmschutzwänden und weiteren Isolierungsmaßnahmen für Motoren und Aggregate, um Beschallungen durch Betriebsstättenlärm wie z. B. permanente „Brummgeräusche“ auf die betroffenen Anlieger zu mildern.
- Die Verlegung der LKW-Waage auf dem Betriebsgelände und deren Einfassung mit Lärmschutzmaßnahmen.
- Kontrolle und Einhaltung der Auflagen zur Lärmvermeidung (z.B. der Motoren- und Kompressorenlärm bei wartenden LKWs) sowie Feinstaub- und Dieselrußbelastung. Die Geschäftsleitung muss verpflichtet werden, Verstöße dieser Art sofort zu unterbinden.
- Finanzielle Unterstützung für den Umbau mit mehrschichtverglasten Fenstern und anderen schallhemmenden Maßnahmen in den betroffenen Wohngebieten.
- Keinen LKW-Lieferverkehr für Molkereiprodukte und Verpackungsmaterial an Sonn- und Feiertagen.
- Den Umbau der Mühlen- und Lutzhorner Landstraße mit erschütterungsreduzierendem Unterbau, Flüsterasphalt und verkehrsberuhigenden Maßnahmen wie Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h und Parkverbotszonen für Liefer-LKWs. Die Einrichtung eines korrekt angelegten Fuß- und Radwegs ist längst überfällig.
- Den LKW-Verkehr aus den innerstädtischen Bereichen zu nehmen. Die Lieferfirmen müssen verpflichtet werden, den Autobahnanschluss Horst zu nutzen.
- Verzicht der Meierei / Käsefabrik auf jede weitere Standortvergrößerung. Die Produktion muss perspektivisch schrittweise in ein dafür geeignetes Industriegebiet mit vorhandenem Autobahnanschluss verlegt werden.

Giftliste der rot-grünen Landesregierung wie unter CDU/FDP:

Weiter streichen und Bürger abkassieren

Wer die Illusion hatte, unter der neuen SPD/Grünen-Landesregierung würde sich für die Kommunen etwas grundlegend ändern, wurde in diesen Tagen mit dem Haushaltserlass der neuen Landesregierung konfrontiert: Die Gemeinden erhielten eine 10seitige „Giftliste“ mit Vorschlägen, wie sie die Bürger zum einen weiter zur Kasse bitten können und zum anderen welche kommunalen Leistungen gestrichen werden können. Diese „Giftliste“ ist nahezu unverändert von der Vorgängerregierung übernommen worden. Aus den insgesamt 113 (!) Kürzungs-, Sozialabbau- und Abkassierorschlägen eine kleine Auswahl:

- Schliessung und Verkauf von Kinderspielfeldern
- Streichung von Stellen bei der Stadt; Gehaltssenkungen bei neu zu besetzenden Stellen;
- „Möglichkeiten der Privatisie-

rung nutzen“, das hiesse im Klartext Schliessung von Stadtgärtnerei, Bauhof, Strassenreinigung, Gebäudeverwaltung usw.

- Einführung zusätzlicher Gebührenabgaben (u. a. Parkgebühren; Sporthallenutzung...);
- Erhöhung aller Gebühren (Verwaltungsgebühren; Stadtbücherei...) und Abgaben
- Die Verscherbelung von restlichem Gemeindevermögen (Flächen, Gebäude und Vermögenswerte)
- Die Auflösung demokratischer Einrichtungen wie Umweltausschuss oder Sozialausschuss in den Gemeindevertretungen; Streichung der Haushaltsberatungen in den Ausschüssen
- „Überprüfung der Wirtschaftlichkeit der Schwimmbäder“, d. h. Schliessung von Bädern.
- Statt Schaffung von Krippen-



und Kindergartenplätzen mehr Einsatz von „billigeren“ Tagesmüttern

- „Kritische Überprüfung“, d.h. im Klartext einfrieren, kürzen oder streichen aller Zuschüsse an kulturelle, soziale oder sportfördernde Einrichtungen

Es verhält sich so: Wenn SPD/

Grüne gemeinsam mit CDU/CSU/FDP Hunderte von Milliarden in die Absicherung der Spekulationsgeschäfte und Profite der Großbanken blasen, dann ist die Kehrseite die Schröpfung der Bürgerinnen und Bürger. Die BALL-Stadtvertreter werden sich nicht als Vollstrecker dieser Sozialabbaupolitik

vor Ort hergeben. Wir werden mit unseren Möglichkeiten dagegen Widerstand leisten – und dies auch nach den nächsten Kommunalwahlen im Mai 2013, wenn die Kürzungs- und Abkassierorschüsse mit hoher Sicherheit zunehmen werden.

Info-Coupon:

- Ich interessiere mich für die Arbeit der BALL und wünsche weiteres Info-Material.
- Ich bitte um ein persönliches Gespräch.

Name _____

Vorname _____

Straße _____

Einsenden an: Helmut Welk,
Nappenhorn 29 · 25355 Barmstedt

Planungsalternativen werden weiter diskutiert:

Sohlgleite ja - aber welche Variante?

Die durch den Abwasserzweckverband in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie hat ausschließlich die technische Machbarkeit eines Umgehungsgerinnes inkl. Sohlgleite in Verbindung mit einer Entschärfung der Barmstedter Hochwasserproblematik und der nicht mehr funktionierenden Abwasserleitung entlang des Rantzauer Sees untersucht. Daher wurde kurzfristig eine Umweltausschusssitzung einberufen, um u.a. die Frage zu klären, ob die bestehende Einleitung von Brüdenwasser/Kühlwasser durch die Meierei den erklärten Zielen der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) einen „guten ökologischen Zustand“ der Krückau zu erreichen, nicht entgegensteht.

Zur Vorbereitung dieser UASitzung fand ein Fachgespräch statt, an dem u. a. Vertreter der Verwaltung, des AZV-Pinneberg und des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (MLUR) teilnahmen.

In diesem Gespräch wurde deutlich, dass der AZV-Pinneberg sich nicht im Stande sieht an dem Status Quo zur Einleitung durch die Meierei etwas zu ändern. Die gesetzlich vorgegeben Grenzwerte werden durch den AZV regelmäßig überprüft und nicht überschritten. Die Meierei hat daher auch keinen ökonomischen Grund, über einen ökologischen Umgang mit ihrem Brüdenwasser/Kühlwasser nachzudenken. Ins Schmutzwasser darf, laut AZV, das Meierei-Abwasser auch nicht eingeleitet werden, da dieses dafür nicht „schmutzig“ genug ist. Eine zu große Verdünnung des Abwassers erschwere eine Klärung und verursache ein Mengenproblem.

Aus Sicht des Ministeriums stellt das Brüdenwasser/Kühlwasser „auch kein Problem“ dar. Die WRRL möchte in erster

Linie für das Vorranggewässer Krückau die Durchgängigkeit für Wasserlebewesen herstellen, und damit die ohnehin schon als ökologisch hochwertigen, im Flussverlauf vor Barmstedt lie-



genden Areale aufwerten. Eine Verbesserung der Wasserqualität, die ja ohnehin vom MLUR als gut eingestuft wird, ist daher nicht zwingend notwendig um der WRRL zu genügen. Dies sei auch ein Entgegenkommen an eine Region, die von Wirtschaftsbetrieben geprägt ist.

Die für die Durchgängigkeit in Aussicht gestellten Mittel seien realisierbar, wenn Barmstedt einen entsprechenden Antrag stellt. Ein unmittelbarer Zeitdruck durch die WRRL besteht nicht, aber eine Realisierbarkeit der Geldmittel sei momentan günstig und man wisse nicht ob dieses so bleibe. Eine grundsätzliche Entscheidung für ein Umgehungsgerinne ist nicht gleichzusetzen mit einer Festlegung auf die in der Machbarkeitsstudie vorgestellte Variante. Im Planfeststellungsverfahren würde, alles auf den Prüfstand kommen und somit auch die endgültige Variante fachlich ermittelt werden.

Die im Jahr 2009 von der In-

genieurgemeinschaft Klütz und Kollegen erarbeitete Vorplanung und Variantenbetrachtung zur „Herstellung der Durchgängigkeit an der Stauanlage Rantzauer Mühle“ bevorzugte eine Vari-

te mit einer „kleinen“ Sohlgleite nach LANU-Empfehlung an der Mühlenschleuse. Diese galt als nicht realisierbar, weil die benötigten Grundstücke nicht zur Verfügung standen. Daher wurde eine technische Fischtrappe direkt neben der alten Fischtrappe als realisierbar vorgestellt, aber von der Stadtvertretung als zu teuer abgelehnt. Die sicherlich kostengünstigere „kleine“ Sohlgleite wird nun wieder relevant, weil die benötigten Grundstücke jetzt zur Verfügung stehen.

Nach der grundsätzlichen Entscheidung für eine Sohlgleite auf der Stadtvertreterversammlung vom 21. August 2012 wird es jetzt zu einer fachlichen Abwägung der beiden Möglichkeiten durch ein Ingenieurbüro kommen. Das Ergebnis dieser Untersuchung soll im Oktober dem Bau- und Umweltausschuss vorgestellt werden, damit diese noch eine Varianten-Empfehlung für eine Stadtvertreterversammlung in 2012 abgeben können.

Wichtige Aspekte:

■ Aus Sicht der BALL wird dabei eine große Rolle spielen, dass eine große, sehr lange Variante über die „Lillschen Wiesen“ mit einer Unterquerung der Umgehungsstraße allein aus Kostengründen eine Nummer zu groß ist.

■ Kritisch auch die Tatsache, dass, obwohl Grenzwerte für Brüdenwasser/Kühlwasser eingehalten werden, es sich doch um industrielles Abwasser handelt, welches direkt in das neue Umgehungsgerinne eingeleitet werden würde. Ob dann die Funktion als Wanderweg für Wasserlebewesen, besonders bei Niedrigwasser, gegeben sein würde, ist bis jetzt noch nicht untersucht. Auch eine ökologische Aufwertung der Wasserqualität ist daher nicht zu erkennen.

■ Eine Entschärfung der Hochwassersituation würde eher minimal ausfallen, da nur wenig mehr Wasser Richtung Elmshorn geschickt werden soll. Aber nur wenn Barmstedt mehr Wasser schneller abführen könnte, wäre dieser Effekt gegeben. Dies ist aber nicht geplant und auch noch nicht mit den Krückau-Anliegern abgesprochen.

■ Blieben also noch die in Erwägung gezogenen Überflutungsflächen südlich der Umgehungsstraße. Ob diese dann ihren Dienst verrichten könnten, bleibt angesichts der unmittelbaren Nachbarschaft eines Reiterhofes sowie eines Einzelhauses bisher unbewiesen.

Wie wenig ganzheitlich in Barmstedt beim Thema Hochwasser geplant wird, sieht man bei der noch in diesem Jahr auf den Weg gebrachten Bebauung „Auwisch“. Diese wird zur Verschärfung der Hochwassersituation führen, da sie wesentlich – vor der geplanten Ausweisung als Hochwasserschutzstreifen – überplant wurde.

10 Jahre „Agenda 2010“ und Hartz-Gesetze:

13 Millionen Menschen verarmt oder von Armut bedroht

Vor 10 Jahren hat die SPD/Grünen-Regierung unter Kanzler Schröder – bei voller Unterstützung durch CDU/CSU/FDP – den größten Angriff auf den „Sozialstaat“ und die Arbeitnehmerrechte in der Geschichte der Bundesrepublik eingeleitet. Die Folgen bis heute: 7.8 Mio. Menschen (25 % aller Erwerbstätigen) arbeiten heute in prekären Jobs: Mini-Jobs, Teilzeit mit weniger als 20 Stunden, befristeten Verhältnissen, Leiharbeit. 21 % aller Beschäftigten sind im Niedriglohnssektor beschäftigt mit einem Stundenlohn unter 10,36 Euro brutto.

die Lebensmittelhilfe der Tafeln in Anspruch.

Der wesentliche Beitrag von Hartz IV zur Lohnentwicklung in Deutschland besteht darin, dass dadurch eine Drohung mit Armut und Bevormundung an alle Arbeitslosen und von Erwerbslosigkeit Bedrohten ausgesprochen wurde. Die Angst vor Hartz IV hat wesentlich dazu beigetragen, dass Arbeitnehmer zum Beispiel niedrigere Löhne und verschlechterte Arbeitsbedingungen akzeptiert haben. Arbeitslose waren und sind jetzt eher bereit, eine prekäre Beschäftigung, z.B. Leiharbeit und befristete Beschäf-



Spätestens nach einem Jahr Arbeitslosigkeit landen die Menschen bei Hartz IV (Arbeitslosengeld II): 374,- Euro im Monat für einen Erwachsenen, 219,- - 289,- Euro für Kinder. Fast eine Mio. Menschen verdienen so wenig, dass ihr Einkommen auf das Hartz IV-Niveau aufgestockt wird: das ist die staatliche Förderung von Unternehmen mit Hungerlöhnen! Fast eine Mio. Hartz IV-Bezieher werden „sanktioniert“, d. h. ihr Lebensunterhalt wird um 30 % bis 0 runter gekürzt. Besonders entsetzt sind junge Menschen bis 25 Jahren. Fast die Hälfte aller Widersprüche und Klagen gegen die Job-Center-Sanktionen sind erfolgreich, was die staatliche Willkür belegt. Das Bundesamt für Statistik hat im November 2011 die Zahl der von Armut betroffenen oder davon bedrohten Menschen mit 13 Mio. beziffert, darunter rund zwei Mio. Kinder und Jugendliche. 1.5 Mio. Menschen nehmen inzwischen regelmäßig

tigung, anzunehmen - oder sie werden sogar dazu gezwungen. Eine andere Folge: Die Reallöhne aller Arbeitnehmer sind seit 10 Jahren stagniert. Logisch, dass bei Millionen von prekären Beschäftigungsverhältnissen keine oder nur geringe Rentenversicherungsbeiträge gezahlt werden, also u. a. auch dadurch die „Altersarmut“ steigen wird.

Die Proteste gegen Hartz IV, die entwürdigenden Sanktionen, Ausbeutungsverhältnisse mit Billiglöhnen und Leiharbeit gehen weiter. Es muss ein gesetzlicher Mindestlohn nicht unter 10,- Euro durchgesetzt werden, kurzfristig muss der Hartz IV-Regelsatz auf 500,- Euro für Erwachsene und deutlich für Kinder aufgestockt werden, die Sanktionen der Job-Center müssen weg. Es muss letztlich eine soziale Grundsicherung für alle Menschen her, die eine Teilnahme am Leben in der Gesellschaft ohne Armut ermöglicht.

Einladung zur Diskussionsveranstaltung:



„Wir müssen umdenken –
Waffenexporte stoppen!“

Deutschland ist Europameister bei den Rüstungsexporten und liegt jetzt hinter den USA und Russland weltweit an dritter Stelle der Waffenlieferanten.

Elmshorn, Restaurant FTSV Fortuna, Ramskamp 2a
Sa. 22. September 2012, 15:00 Uhr

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat zwar im vergangenen Jahr den Anstieg der Rüstungsausgaben in der Welt gebremst, doch der Handel mit konventionellen Waffen boomt weiterhin und überschreitet jährlich deutlich die Marke von 300 Milliarden Euro.

Immer mehr Waffen werden in Deutschland produziert und exportiert. In den vergangenen fünf Jahren steigerten die Rüstungsfirmen ihre Exporte um 70 Prozent – das ist mehr als dreimal so viel wie der globale Durchschnitt. Sie lieferten Waffen in über 80 Länder – immer wieder auch ohne Rücksicht auf Konflikte und Spannungen oder die Menschenrechtslage. Vor allem der

Nahen Osten wurde im Vorjahr mit einer Zunahme der dortigen Militärausgaben massiv aufgerüstet.

Rüstungsexporte, vor allem in Krisengebiete, tragen zu militärischen Auseinandersetzungen bei. Fachleute schätzen, dass weltweit allein durch deutsche Gewehre und Pistolen mehr als eine Million Menschen nach dem zweiten Weltkrieg ihr Leben verloren haben.

Weil wir uns den Opfern dieser Rüstungsexportpolitik verpflichtet fühlen, wollen wir den Geschäften mit dem Tod ein Ende setzen. Wir unterstützen die bundesweite Aktion auf Aufschrei, die sich den Stopp des Waffenhandels zum Ziel gesetzt hat.

Diskussions- und Informationsveranstaltung mit:

Christine Hoffmann, Generalsekretärin v. pax christi
Andrea Kolling, Bremische Stiftung für Rüstungskonversion
Jürgen Rose, Oberstleutnant der Bundeswehr a. D.

Elmshorn, Restaurant FTSV Fortuna, Ramskamp 2a
Sa. 22. September 2012, 15:00 Uhr



Auch in diesem Jahr findet Mitte September eine gemeinsame Antikriegstagveranstaltung der Gewerkschaften und der Friedensbewegung des Kreises statt. Diskutiert wird das Thema Waffenexport. Wir veröffentlichen hier die Einladung zu der Veranstaltung, die am 22.9.2012 in Elmshorn statt findet.